

Ym
223



Biblioteka Uniwersytecka
we Wrocławiu

Wrocławiana

Ym 223

81743

Breslau.

Kranken- u. Sterbekassen

H. u. H. k. für Schiffer, Napten

Unter Staatsoberaufsicht.

Kranken- u. Sterbekasse für Schiffer „Neptun“

G. G. zu Breslau. *Ym 223*

Quittungsbuch und Statut

Nr

Nl

1894 Jan. 8

für

*Nachtr. 1894 Aug. 18,
1896, 1902*

24715

Quittungsbuch und Statut.

Name: _____

Jun 190

Stand: _____

Wohnort: _____

Mitglieder-Verz. *N.* _____ Klasse

geboren den _____

In die Klasse eingetreten:

Breslau, den _____

190

Paul Kassner
Kendant
Große Feldstraße 14 a I.



81748 920



Geschäftsordnung.

1. Rechtsverhältnisse der Kasse.

Die Kasse steht unter Staatsoberaufsicht und ist genehmigt für das Deutsche Reich. Ihre Mitglieder sind von der Verpflichtung befreit, einer Zwangskasse (Gemeinde-, Orts-, Betriebs- oder Fabrikkrankenkasse) anzugehören.

2. Eintritt und Austritt.

Der Eintritt und Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärungen persönlich oder durch dritte Personen (Arbeitgeber). An- und Abmeldefarten sind in der Kendantur umsonst zu haben. Der Beitrittserklärung ist ein ärztliches Gesundheitsattest beizufügen. Von dieser Verpflichtung sind versicherungspflichtige männliche Personen, die durch Arbeitgeber angemeldet werden, befreit. Wer von der Zwangsversicherung befreit sein will, muß mindestens einen Tag vor Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung Mitglied unserer Kasse werden. Mitglieder, welche länger als 13 Wochen mit den Bei-

trägen rückständig bleiben, werden ausgeschlossen. Abgemeldete und ausgeschlossene Mitglieder verlieren alle Ansprüche an die Kasse. Die durch Arbeitgeber abgemeldeten Mitglieder können weiter in der Kasse bleiben, wenn sie umgehend Beiträge für $\frac{1}{4}$ Jahr im Voraus entrichten.

3. Klasseneinteilung.

- I. Klasse: Schiffseigner, Rhedereibeamte und Steuerleute.
- II. Klasse: Bootskleute, Matrosen, Jahrlöhner, Arbeiter und Ehefrauen.
- III. Klasse: Personen unter 16 Jahren und Lehrlinge.

4. Eintrittsgeld.

- I. Klasse 75 Pf., II. Klasse 50 Pf., III. Klasse 25 Pf.

5. Beiträge.

- I. Klasse 60 Pf., II. Klasse 42 Pf., III. Klasse 24 Pf. pro Woche,
- I. Klasse 7 Mk. 80 Pf., II. Klasse 5 Mk. 46 Pf., III. Klasse 3 Mk. 12 Pf. pro $\frac{1}{4}$ Jahr.

Die Beiträge werden für $\frac{1}{4}$ Jahr im Voraus entrichtet. Bei vorherigem Ausscheiden wird der zu viel gezahlte Betrag gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches an den Ueberbringer desselben zurückerstattet. Ein Uebertragen der Beiträge von einer Mitglieds-Nummer auf die andere darf nicht stattfinden. Rhedereien und Werften entrichten die Beiträge mit monatlicher Abrechnung. Bei

Einsendung der Beiträge per Postanweisung ist die Mitgliedsbuch-Nummer auf dem Postabschnitt anzugeben. Der Postschein gilt als Quittung.

6. Krankenunterstützung.

Unterstützungsdauer bis 26 Wochen.

Krankengeld: I. Klasse 1 Mk. 87 $\frac{1}{2}$ Pf., II. Klasse 1 Mk. 25 Pf., III. Klasse 70 Pf.

Sterbegeld: I. Klasse 112 Mk. 50 Pf., II. Klasse 75 Mk., III. Klasse 42 Mk.

Den Mitgliedern steht die Wahl des Arztes und der Apotheken frei.

Die Kosten für Arzt, Medizin und Heilmittel haben sie zunächst selbst zu entrichten. Die Kasse erstattet ihnen jedoch dieselben, und zwar die Arztkosten gegen Vorbringung einer spezifizierten Rechnung, aus welcher die Art der Krankheit, die Besuche und Berathungen des Arztes unter Angabe des Datums und der Einzelpreise der Leistungen nach den getroffenen Vereinbarungen, beziehungsweise gemäß § 2 der allgemeinen Bestimmungen der Gebühren-Ordnung für approbirte Ärzte und Zahnärzte im Königreiche Preußen vom 15. Mai 1896 zu ersehen sind, ebenso die Arzneien und Heilmittel (§ 7 Ziffer 1 und 2) nach Eingang der quittierten Recepte und Rechnungen.

Nach den Bestimmungen der Arzttaxe gelangen bei Arbeiter-Krankenkassen die niedrigsten Sätze zur Anwendung. Zu Arbeiter-Krankenkassen gehören alle auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkassen und diejenigen Hilfskassen, die dem § 75

des Gesetzes genügen, weil sie Träger der Krankenversicherung sind.

Die niedrigsten Sätze betragen:

1. Der erste Besuch des Arztes bei dem Kranken 2 Mark.
2. Jeder folgende im Verlauf derselben Krankheit 1 =
3. Die erste Berathung eines Kranken in der Wohnung des Arztes 1 =
4. Jede folgende Berathung in derselben Krankheit 1 =

Die Gebühr für den Besuch bzw. die Berathung schließt die Untersuchung des Kranken und die Verordnung mit ein.

Für erforderliche besonders eingehende Untersuchungen unter Anwendung des Augens, Kehlkopf-, Ohren-, Scheidenspiegels oder des Mikroskops können 2 Mark besonders berechnet werden.

In der Nacht von 9 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens beträgt jede Consultation 2 Mark, der erste Besuch 4 Mark und jeder folgende Besuch 3 Mark.

Bei Besuchen des Arztes außerhalb seines Wohnortes auf Entfernungen von über zwei Kilometer ist das Fuhrwerk nach ortsüblichen Fuhrlohnpreisen und für jede ½ Stunde Zeitversäumniß 1,50 Mark zu vergüten. Nur in dringenden Fällen und bei schweren Erkrankungen, wenn der Kranke zum Arzt weder gehen noch fahren kann, darf der Besuch des Arztes verlangt werden. Nicht bestellte Arztbesuche dürfen nicht bezahlt werden.

Für mundärztliche Verrichtungen betragen die Gebühren bei:

Eröffnung eines oberflächlichen Abscesses oder Erweiterung einer Wunde	2 Mark.
Eröffnung eines sehr tiefliegenden Abscesses	10 =
Anwendung des scharfen Böffels	2 =
Der erste Verband einer kleinen Wunde	1 =
Nacht und erster Verband einer kleinen Wunde	2 =
Nacht und erster Verband einer großen Wunde	10 =

Jeder folgende Verband die Hälfte; jedoch nicht unter 1 Mark.

Arztliquidationen, in welchen diese Sätze überschritten sind oder welche wegen Mangel der erforderlichen Angaben nicht geprüft werden können, werden nicht angenommen.

7. Erkrankungs Vorschriften.

Die Mitglieder haben ihre Erkrankung der Kasse ungesäumt anzuzeigen, ihr die Adresse des sie behandelnden Arztes anzugeben, einen Krankenschein zu verlangen und diesen spätestens alle zwei Wochen zu erneuern.

Mitglieder, welche ihre Erkrankung nicht innerhalb 3 Tagen der Kasse anzeigen, oder das ihnen zustehende Krankengeld nicht mindestens alle 14 Tage verlangen, werden mit einer Ordnungsstrafe bis 10 Mark belegt, falls sie nicht nachweisen, daß ihnen die Innehaltung der Frist unmöglich war.

Erkrankte Mitglieder müssen die Vorschriften des Arztes gewissenhaft befolgen und dürfen keine nach dem Urtheile desselben ihrer Genesung hinderlichen Handlungen vornehmen.

Auch dürfen sie, so lange sie Krankengeld beanspruchen, keine Erwerbsarbeiten verrichten.

Öeffentliche Lokale oder Schankstellen dürfen sie ohne Erlaubniß des Arztes nicht besuchen.

Die Kontrolle über die erkrankten Mitglieder wird durch die vom Vorstande ernannten Personen ausgeübt, soweit das nicht von dem behandelnden Arzt geschieht. Den Besuchen der Kontrolleure muß sich jedes erkrankte Mitglied bei Vermeidung der nachstehend erwähnten Strafen unterwerfen.

Mitglieder, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, können vom Vorstande mit Ordnungsstrafen bis zu 10 Mark belegt werden, welche zur Kasse fließen.

Mitglieder, die auf Schifffahrt arbeitsunfähig werden, müssen sich wegen Mangel an häuslicher Pflege in das nächste Krankenhaus oder auf ihre Kosten nach dem Heimaths- oder andern festen Aufenthaltsort begeben, damit die Krankenkontrolle durch den Gemeinde-Vorstand ausgeführt werden kann. Für die Zeit, während der Kranke der Schifffahrt oder einem andern Erwerbe nachgeht, wird Krankengeld nicht gezahlt. Die von den Herren Ärzten vielfach empfohlene Schonung ist keine Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes.

8. Allgemeines.

Das Vermögen der Kasse ist Eigenthum der Mitglieder. Damit dasselbe durch Simulanten nicht ungerecht geschädigt werde, werden die Mitglieder im eigenen Interesse ersucht, uns etwaige Uebertreter der Erkrankungs Vorschriften anzuzeigen und dadurch unser Bestreben zu unterstützen, nach Erreichung des gesetzlichen Reservefonds für die Zukunft die Beiträge zu ermäßigen oder die Leistungen zu erhöhen.

Die Kasse erfreut sich wegen ihrer vortheilhaften Bedingungen und ihres jederzeit geübten Entgegenkommens bei den Herren Arbeitgebern sowohl, als auch bei ihren Mitgliedern, der größten Beliebtheit. **Dieselbe soll ein Gemeingut aller deutschen Schiffer werden.** Mögen sie sich anschließen unserm Wahlpruch: „**Einigkeit macht stark.**“

Bei allen Zuschriften und Geldsendungen ist die Mitglieds-Nummer anzugeben. Die Rendantur, Große Feldstraße 14a I. Etage, ist geöffnet von 8—1 und 3—6 Uhr. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Der Vorstand.

Aerzte-Verzeichniß.

Altona: Dr. Leo Rosenblum, Kleine Elbstr. 20. —
Sprechstunden: 8—9 und 3—4 Uhr. Fernspr. 802.

Auras: Dr. Lepiarz.

Berlin: Dr. Eugen Weile, Alte Schönhauser-
straße 14/15. — Sprechstunden: 8—10 und 4—6 Uhr.
Fernsprecher Amt III. 1446.

Dr. Weidemann, Falkensteinerstraße 4. —
Sprechstunden: 8—10 und 4—5 Uhr.

Bentzen a. O.: Dr. Demel.

Breslau: Dr. Jttmann, Ring 52. — Sprechstunden:
8—9 und 3—4 Uhr. Fernsprecher 1756.

Dr. Gottschlich, Klosterstraße 61. Specialarzt
für Chirurgie. — Sprechstunden: 7¹/₂—8¹/₂ und
3—4 Uhr.

Prof. Dr. Groenouw, Carlsstraße 1. Augen-
arzt. — Sprechstunden: 8—9 und 3—4 Uhr.

Dr. Volkmer, Gr. Feldstr. 15b. Zahnarzt. —
Sprechstunden: 9—6 Uhr.

Brieg, Bez. Breslau: Dr. Larisch, Langeasse 29.

Beeskow: Dr. Ilgner.

Carolath: Dr. Fischer.

Carlsruhe D/S.: Dr. Leimbach.

Cosel D/S.: Dr. Brieger.

Crossen a. O.: Dr. Schneider.

Dömitz a. G.: Dr. Spangenberg.

Dyhernfurth: Dr. Herda.

P. Koller.

Eberswalde: Dr. Bräutigam.

Erner: Dr. Möller.

Fiddichow: Dr. Kleikamp.

Freystadt i. Schl.: Dr. Richter.

Frankfurt a. O.: Dr. Löwenstein.

Fürstenberg a. O.: Dr. Maire.

Fürstenwalde a. d. Spree: Dr. Schulze.

Genthin: Dr. Gottschalk.

Glogau: Dr. Kramer.

Göriz a. O.: Dr. Rubeler.

Guben: Dr. Bühlke.

Greiffenhagen: Dr. J. Meyer.

Dr. Th. Meyer.

Dr. Moerlin.

Hamburg: Dr. Rosenblum, Bernhardtstraße 27. —
Sprechstunden 8—10, 3—4 und 6—7 Uhr.

Dr. Wissing, I. Klosterstraße 14.

Havelberg: Dr. Hartwig.

Köben a. O.: Johannes Jastroch, prakt. Arzt.

Küstrin: Sanitätsrath Dr. Nieprajsch.

Königsberg i. Pr.: Dr. Pollnow, Brothäufen-
straße 18.

Kupp: Sanitätsrath Dr. Weßstein.

Kurnit: Dr. Unger.
Krappitz O. S.: Dr. Korbisch.
Landsberg a. W.: Dr. Aris.
Laslowitz, Bez. Breslau: Sanitätsrath Dr. Strube.
Leubus: Dr. Radig.
Magdeburg: Dr. Rosenthal, Breitenweg 214.
Maltzsch a. O.: Dr. Westphal.
Müllroje: Dr. Biesendahl.
Neusalz a. O.: Dr. Toppich.
 Dr. Springer.
Ohlau: Dr. Lariß.
Orianienburg: Sanitätsrath Dr. Hornig.
Oppeln: Dr. Kämpfer.
Parey a. Elbe: Dr. Schlüter.
Plöckensee: Dr. E. Pflieger.
Posen: Dr. Krahn, Alter Markt 15.
Rathenow a. Havel: Dr. Conrad.
Rothenburg a. O.: Dr. Cohn.
Raudten: Dr. Ränische.
Schlafen-Benzelle: Dr. Rommel.
 Dr. Wotke.
Schlichtingsheim: Dr. Olshausen.
Schönebeck a. Elbe: Dr. Hildebrand.
Saabor: Dr. Koehler.
 Dr. Westphal.
Spandau: Dr. Kalkstein.
Steinan a. O.: Dr. Swoboda.
Stettin: Dr. Wellmann, Wallstraße 11/16. —
 Sprechstunden 8—10 und 3—5 Uhr.
Tangermünde: Dr. Bergholter.
Trotha: Dr. P. Schuhmann.

Wittenberge: Dr. Kraus.
Wohlan: Dr. Kornblum.
Zehdenick: Dr. Rudloff.
Zirke a. Warthe: Dr. Peschel.
Züllichau: Sanitätsrath Dr. Conrad.

Vorstehende Aerzte haben unsere Mitglieder bereits mit Erfolg behandelt und sind uns empfohlen worden. Im Uebrigen steht jedem Mitgliede frei, den nächst zu erreichenden Arzt oder, wenn nicht Mehrkosten entstehen, den Arzt seines Vertrauens zu consultiren.

Der Vorstand.

Statut

der

Kranken- und Sterbekasse

für Schiffer

„Neptun“

Eingeschriebene Hilfskasse

zu

Breslau.



84743 Göt



§ 1.

Name, Zweck und Sitz der Kasse.

Unter dem Namen: „Neptun“, Kranken- und Sterbekasse für Schiffer (eingeschriebene Hilfskasse) wird nach Maßgabe des Gesetzes vom 7. April 1876 in der Fassung vom 1. Juni 1884 bezw. auf Grund des Krankenversicherungs-Gesetzes vom ^{15. Juni 1883}_{10. April 1892} eine Hilfskasse errichtet.

Der Sitz derselben ist Breslau. Ihr Zweck ist, den Mitgliedern für den Fall der Krankheit Unterstützung und den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder eine einmalige Beihilfe (Sterbegeld) zu gewähren.

§ 2.

Erlangung der Mitgliedschaft.

Zum Beitritt berechtigt sind:

- a) alle im Schiffahrtsgewerbe beschäftigten männlichen Personen, — gleichviel ob sie selbstständig sind oder nicht, — einschließlich der im genannten Gewerbe beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge,
- b) die Ehefrauen dieser Personen.

Die Beitretenden dürfen indeß das 50. Lebensjahr nicht überschritten haben und müssen auf Verlangen des Vorstandes ein Attest des Kassenarztes über ihren Gesundheitszustand beibringen.

Siehe Nachtrag I.

§ 3.

Die Gesuche um Aufnahme in die Kasse sind dem Vorstande schriftlich einzureichen. Dieselben müssen eigenhändig unterschrieben sein und das Datum der Geburt des Antragstellers, sowie die Versicherung enthalten, daß derselbe sich zur Zeit der Anmeldung in gutem Gesundheitszustande befindet.

Die Mitgliedschaft bei der Kasse beginnt mit demjenigen Tage, an welchem das Aufnahmegesuch in der Kassenantur der Kasse eingeht. Wird die Aufnahme in die Kasse von der Beibringung eines Gesundheits-Attestes des Kassenarztes abhängig gemacht, so beginnt die Mitgliedschaft mit demjenigen Tage, an welchem dieses Attest beim Kassanten eingeht.

Die Aufnahme darf keinem Antragsteller bei Erfüllung der Aufnahmebedingungen versagt werden, es sei denn, daß er sich nach dem Attest des Kassenarztes in einem ungünstigen Gesundheitszustande befindet.

Nach erfolgter Aufnahme erhält jedes Mitglied ein auf seinen Namen lautendes Quittungsbuch, welchem dieses Statut vorgedruckt ist.

§ 4.

Austritt und Ausschluß aus der Kasse.

Der Austritt aus der Kasse muß dem Vorstande schriftlich angezeigt werden.

Der Ausschluß aus der Kasse erfolgt ohne Weiteres, wenn ein Mitglied 13 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande geblieben ist, und zwar mit dem Ablauf der 13. Woche.

Das austretende oder ausgeschlossene Mitglied hat seine Beiträge noch für die Woche, in welcher der Austritt oder Ausschluß erfolgt, zu entrichten.

Siehe Nachtrag III.

Mit dem Tage des Austritts oder Ausschlusses hören alle Ansprüche des ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Mitgliedes an das Vermögen der Kasse auf.

Mitglieder, welche krank sind, dürfen erst von demjenigen Zeitpunkte ab ausgeschieden werden, bis zu welchem sie die statutenmäßige Krankenunterstützung zu beanspruchen haben.

§ 5.

Beiträge.

Jedes der Kasse beigetretene Mitglied hat ein Eintrittsgeld zu entrichten, welches

- a) für Mitglieder der I. Klasse 1 Mk.,
- b) für Mitglieder der II. Klasse 0,75 Mk.,
- c) für Mitglieder der III. Klasse 0,40 Mk.

beträgt.

Von der Zahlung des Eintrittsgeldes sind diejenigen befreit, welche der Kasse innerhalb des letzten halben Jahres, vom Tage des Eintritts rückwärts gerechnet, bereits angehört haben.

Siehe Nachtrag I u. III.

§ 6.

Die laufenden Beiträge betragen wöchentlich:

- in der I. Klasse 60 Pf.,
- in der II. Klasse 45 Pf.,
- in der III. Klasse 24 Pf.

Die Beitragspflicht beginnt mit derjenigen Woche, in welcher die Aufnahme in die Kasse erfolgt ist.

Die III. Klasse besteht ausschließlich für Personen unter 16 Jahren und Lehrlinge.

Die Ehefrauen der Mitglieder dürfen nur der II. Klasse beitreten. Im Uebrigen wird den Mitgliedern die Wahl zwischen der I. und II. Klasse freigestellt.

Während der Zeit, in welcher ein Mitglied Krankengeld bezieht, ruht die Beitragspflicht.

Siehe Nachtr. III.

Die auswärts wohnenden Mitglieder haben die Beiträge an den Rendanten der Kasse unter Angabe der Nummer ihres Mitgliedsbuches kostenfrei einzusenden.

§ 7.

Voraussetzungen, Art und Umfang der Unterstützungen.

Die Kasse gewährt ihren Mitgliedern sofort nach erfolgtem Beitritt folgende Unterstützungen:

1. Krankenumterstützung:

- a) In jedem Erkrankungsfalle freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel.
- b) Im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit außerdem ein Krankengeld, welches beträgt:

für Mitglieder der I. Klasse wöchentlich 15 Mk.,
für Mitglieder der II. Klasse wöchentlich 11,25 Mk.,
für Mitglieder der III. Klasse wöchentlich 6 Mk.

2. Eine einmalige Unterstützung (Sterbegeld) an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes, welche beträgt:

in der I. Klasse 150 Mk.,
in der II. Klasse 112,50 Mk.,
in der III. Klasse 60 Mk.

Die Krankenumterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges.

Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. Woche nach dem Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die im § 7 unter 1 a und b bezeichneten Leistungen. Den außerhalb Breslaus sich aufhaltenden Mitgliedern werden die Kosten der unter 1 a und b dieses Paragraphen und der im nachfolgenden § 8 zugesicherten Leistungen erstattet.

siehe Nachtrag III.

§ 8.

An Stelle der im § 7 unter 1 a und b bezeichneten Unterstützungen tritt auf Antrag des Kassenarztes und Verfügung des Vorstandes freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause.

Für diejenigen Kassenmitglieder, welche verheirathet sind, oder eine eigene Haushaltung haben, oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, kann die Unterbringung in einem Krankenhause nur mit ihrer Zustimmung, unabhängig von derselben aber nur dann angeordnet werden, wenn die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, welchen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, oder wenn die Krankheit eine ansteckende ist, oder wenn der Erkrankte wiederholt den Vorschriften des § 12 Abs. 1 und 2 des Statuts zuwider gehandelt hat, oder wenn sein Zustand oder sein Verhalten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Die in einem Krankenhause Untergebrachten erhalten, wenn sie Angehörige besitzen, deren Unterhalt sie bisher aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten haben, neben der freien Kur und Verpflegung mindestens die Hälfte des im § 6 des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzten Mindestbetrages des Krankengeldes, d. i. ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter für diese Angehörigen (§ 7 a. a. D.). Die Zahlung kann unmittelbar an die Angehörigen erfolgen. Besitzen sie solche Angehörige nicht, so erhalten sie $\frac{1}{4}$ des statutenmäßigen Krankengeldes.

§ 9.

Mitglieder, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhafte Betheiligung an Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, erhalten für die Dauer dieser Krankheit kein Krankengeld.

siehe Nachtrag III.

Soweit die Unterstützung in Gewährung freier ärztlicher Behandlung oder Arznei und sonstiger Heilmittel besteht, kann sie auch in diesem Falle nicht ausgeschlossen werden.

§ 10.

Die im § 8 vorgesehene Kur und Verpflegung erfolgt in den von der Kasse bestimmten Krankenhäusern. Soweit die Erkrankten nicht in ein Krankenhaus aufgenommen sind, wird denselben die ärztliche Behandlung durch die Kassenärzte zu Theil und die Lieferung der Arznei durch die mit der Kasse in Geschäftsverbindung stehenden Apotheken gewährt. Die Bezahlung der durch Inanspruchnahme anderer Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser entstehenden Kosten kann, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden. Die vorstehenden Bestimmungen gelten — den im § 7 letzter Absatz gegebenen Vorschriften entsprechend — nur für die am hiesigen Orte sich aufhaltenden Mitglieder.

Siehe Nachtrag III. § 10 fällt weg.

§ 11.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt an jedem Sonnabend für die abgelaufene Woche gegen Einlieferung eines vom Kassenarzte auszustellenden Krankenscheines, in welchem die Zahl der Tage, während welcher der Erkrankte arbeitsunfähig war, angegeben sein muß.

Für Mitglieder, welche in ein Krankenhaus aufgenommen sind, erfolgt die Ausstellung der Krankenscheine durch den Krankenhausarzt oder durch die Krankenhaus-Verwaltung.

Die Ueberbringer der Krankenscheine sind zur Empfangnahme des Krankengeldes und zur Quittungsleistung über dasselbe legitimirt.

Für Mitglieder, welche nicht von einem Kassenarzte behandelt werden, und sich nicht in einem Krankenhause

Siehe Nachtrag III.

befinden, müssen die Krankenscheine von einem approbirten Arzte ausgestellt und auf besonderes Verlangen des Vorstandes von der Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes beglaubigt sein.

Das Krankengeld ist bei der Kasse durch einen Bevollmächtigten zu erheben, sofern das Mitglied nicht die Uebersendung durch Postanweisung auf seine Gefahr und Kosten beantragt, in welchem Falle der Kasse der Postschein als Quittung genügt. Die Form der Vollmacht und die Prüfung ihrer Glaubwürdigkeit ist lediglich in das Ermessen des Kassen-Vorstandes gestellt.

§ 12.

Erkrankte Mitglieder müssen die Vorschriften des Arztes gewissenhaft befolgen und dürfen keine nach dem Urtheile desselben ihrer Genesung hinderlichen Handlungen vornehmen.

Oeffentliche Lokale oder Schankstellen dürfen sie ohne Erlaubniß des Arztes nicht besuchen.

Die Kontrolle über die erkrankten Mitglieder wird durch die vom Vorstande ernannten Personen ausgeübt, soweit das nicht von dem Kassenarzt geschieht. Den Besuchen der Kontrolleure muß sich jedes erkrankte Mitglied bei Vermeidung der nachstehend erwähnten Strafen unterwerfen.

Mitglieder, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, können vom Vorstande mit Ordnungsstrafen bis zu 10 Mark belegt werden, welche zur Kasse fließen.

Siehe Nachtrag III.

§ 13.

Das Sterbegeld für ein verstorbenes Mitglied wird gegen Einlieferung einer vom Kassenarzt oder vom Standesamte ausgestellten Bescheinigung über den erfolgten Tod an diejenigen Hinterbliebenen ausgezahlt, welche das Begräbniß zu bewirken haben.

Siehe Nachtrag III.

Sind solche Hinterbliebene nicht vorhanden, so werden die Kosten der Beerdigung bis zum Betrage des Sterbegeldes aus der Kasse bestritten oder denjenigen, welche dieselben bestritten haben, erstattet. Ein etwaiger Ueberrest verbleibt der Kasse. Bezüglich der auswärts verstorbenen Mitglieder kann das Sterbegeld durch eine mit beglaubigter Vollmacht versehene großjährige Person erhoben oder auf Antrag an den Einsender des standesamtlichen Todtenscheines auf dessen Gefahr und Kosten mittelst Postanweisung abgeandt werden.

§ 14.

Der Anspruch auf Unterstützung kann mit rechtlicher Wirkung weder verpfändet, noch übertragen, noch gepfändet und darf nur auf geschuldete Beiträge aufgerechnet werden.

§ 15.

Zu anderen Zwecken als den in den §§ 7 und 8 bezeichneten Unterstützungen und der Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge von den Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen.

§ 16.

Vom Vorstande.

Der Vorstand der Kasse besteht aus 6 Mitgliedern, welche von der General-Versammlung aus der Zahl der in Breslau wohnhaften stimmberechtigten männlichen Kassen-Mitglieder gewählt werden.

Die Wahl kann durch Acclamation erfolgen, wenn hiergegen von keinem der Stimmberechtigten Widerspruch erhoben wird. Andernfalls wird die Wahl durch Stimmzettel in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen,

daß jeder Stimmberechtigte so viel Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Mitglieder zu wählen sind.

Gewählt sind diejenigen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Stimmen, welche auf nicht Wählbare fallen oder den Gewählten nicht deutlich bezeichnen, werden nicht mitgezählt.

Unter denjenigen, welche eine gleiche Stimmenzahl erhalten, entscheidet das Loos, welches vom Vorsitzenden der Versammlung gezogen wird.

Ueber die Wahl ist ein Protokoll aufzunehmen, welches von dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und mindestens noch drei Mitgliedern der Versammlung zu unterzeichnen ist.

§ 17.

Die Mitglieder des Vorstandes werden auf 3 Jahre gewählt, bleiben aber auch nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger in den Vorstand eingetreten sind.

Die in Folge Ablaufs ihrer Amtsdauer Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Mitglieder des Vorstandes, welche die Wählbarkeit verlieren, scheiden aus.

§ 18.

Außerdem wählt die General-Versammlung in derselben Sitzung 6 Ersatzmänner.

Dieselben treten in den Vorstand für diejenigen Mitglieder desselben ein, welche die Annahme der Wahl abgelehnt haben, während ihrer Amtsdauer ausgeschieden sind oder die Bedingungen der Wählbarkeit verloren haben.

Für die Wahl der Ersatzmänner finden die Vorschriften der §§ 16 und 17 entsprechende Anwendung.

Die Einberufung eines Ersatzmannes in den Vorstand erfolgt durch den Vorsitzenden in derjenigen Reihen-

folge, welche durch die den Einzelnen zugefallenen Stimmen gebildet wird.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Der Vorsitzende erhält für seine Mühewaltung monatlich 10 Mark, die übrigen Vorstandsmitglieder erhalten für die Theilnahme an jeder Vorstandssitzung und General-Versammlung je 1,50 Mark.

Im Uebrigen sind den Vorstandsmitgliedern diejenigen baaren Auslagen zu ersetzen, die ihnen durch ihre Amtsführung erwachsen.

§ 19.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte auf die Dauer eines Jahres einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter des Vorsitzenden, einen Schriftführer und einen Stellvertreter des Schriftführers.

Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes. Der Vorsitzende ist verpflichtet, innerhalb einer vierzehntägigen Frist eine Sitzung abzuhalten, wenn solches von mindestens 4 Vorstandsmitgliedern beantragt wird. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

§ 20.

Der Vorstand vertritt die Kasse nach Außen bei allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften. Dies gilt auch für solche Geschäfte, für welche nach den Gesetzen eine Specialvollmacht erforderlich ist.

Schriftliche Willenserklärungen des Vorstandes müssen im Namen desselben ausgestellt und von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer oder deren Stellvertretern unterschrieben sein.

Siehe Nachtrag III.

Eine in dieser Form abgegebene Erklärung gilt Dritten gegenüber als eine die Kasse rechtsgültig verpflichtende Willenserklärung des Vorstandes.

Die Vorstandsmitglieder dürfen indessen bei eigener Verantwortung eine solche Erklärung nur in Gemäßheit eines nach Maßgabe des § 19 gefaßten Beschlusses und nach Erfüllung derjenigen Bedingungen, von welchen die Gültigkeit des Beschlusses mit Rücksicht auf seinen Inhalt nach diesem Statut abhängig ist, ausstellen.

§ 21.

Der Vorstand wird durch das Zeugniß des hiesigen Magistrats, daß die darin bezeichneten Personen als Mitglieder des Vorstandes angemeldet sind, legitimirt. Er hat nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts und des Gesetzes vom 7. April 1876 bezw. 1. Juni 1884 die gesammte Verwaltung der Kassenangelegenheiten, insbesondere auch die Vermögensverwaltung wahrzunehmen.

Er hat, soweit nicht etwas Anderes ausdrücklich bestimmt ist, die Beschlüsse der General-Versammlung auszuführen und für Erfüllung aller derjenigen Verpflichtungen Sorge zu tragen, welche der Kasse nach den §§ 16, 26, 33 Abs. 2 des angezogenen Gesetzes, sowie nach § 49a des Gesetzes vom ^{15. Juni 1883} 10. April 1892 obliegen.

Die Vorstandsmitglieder haften der Kasse für getreue Vermögens-Verwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

§ 22.

Von der General-Versammlung.

Die General-Versammlung besteht aus sämmtlichen Kassenmitgliedern, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Das Stimmrecht kann nicht durch Bevollmächtigte ausgeübt werden.

In der General-Versammlung führt jedes anwesende Mitglied eine Stimme.

Die Mitglieder des Vorstandes haben in der General-Versammlung jedoch nur eine beratende Stimme (§ 16 des Gesetzes vom 1. Juni 1884).

§ 23.

Die General-Versammlung, welche nur im Stadtbezirke Breslau abgehalten werden darf, wird vom Vorstande unter Angabe der Gegenstände der Verhandlungen durch eine wenigstens 14 Tage vorher durch Abdruck im „Breslauer General-Anzeiger“ und in der „Allgemeinen deutschen Schifferzeitung“ (Charlottenburg) zu erlassende Bekanntmachung berufen.

Die Berufung einer General-Versammlung muß innerhalb einer Frist von 4 Wochen erfolgen, wenn der zehnte Theil der stimmberechtigten Mitglieder derselben darauf anträgt.

§ 24.

Den Vorsitz in der General-Versammlung führt der Vorsitzende des Kassen-Vorstandes, in dessen Behinderung sein Stellvertreter. Er ernimmt zwei Beisitzer und einen Schriftführer, welcher nicht Kassen-Mitglied zu sein braucht.

Der Vorsitzende hat das Recht, Mitglieder der General-Versammlung, welche seinen zur Leitung der Verhandlungen getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten oder sich sonst ungebührlich benehmen, aus dem Versammlungslokal auszuweisen.

Beschlüsse der General-Versammlung werden vorbehaltlich der Bestimmungen im § 26 unter 4 und 5 mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Beschlüsse können

von der General-Versammlung nur über solche Gegenstände gefaßt werden, welche bei ihrer Berufung als Gegenstände der Verhandlung bezeichnet sind.

Das Protokoll der General-Versammlung ist von dem Vorsitzenden bezw. dessen Stellvertreter, den beiden Beisitzern und dem Schriftführer zu vollziehen.

§ 25.

In einer alljährlich vor Ablauf des Monats Februar abzuhaltenden Sitzung ist der General-Versammlung ein Bericht über die Geschäftsführung und die Rechnung des abgelaufenen Jahres vorzulegen.

Die General-Versammlung beschließt über die Abnahme der Rechnung und nimmt in derselben Sitzung die gegebenenfalls erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand für das nächste Geschäftsjahr vor.

§ 26.

Außer der Abnahme der Jahresrechnung und der Vollziehung der Wahlen liegt der General-Versammlung ob:

1. Die Zustimmung zum An- und Verkauf, sowie zur Verpfändung von Grundeigenthum und zur Aufnahme von Darlehen.
2. Die Beschlußfassung über die Geltendmachung derjenigen Ansprüche, welche der Kasse gegen Mitglieder des Vorstandes aus deren Amtsführung erwachsen.
3. Beschlußfassung über solche Angelegenheiten, welche ihr vom Vorstande zur Entscheidung vorgelegt, sowie über die Anträge, welche von einzelnen Mitgliedern gestellt werden.
4. Beschlußnahme über die Abänderung der Statuten. Dieselbe bedarf der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der in der Versammlung vertretenen Stimmen.

5. Beschlußnahme über die Auflösung der Kasse. Dieselbe bedarf der Zustimmung von $\frac{4}{5}$ sämtlicher in der betreffenden Sitzung vertretenen Stimmen.

§ 27.

Kassen- und Rechnungs-Führung.

Die Kassen- und Rechnungs-Führung wird unter Beobachtung der Gesetze vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884 und dieses Statuts, sowie nach Maßgabe der von der höheren Verwaltungsbehörde erlassenen Vorschriften von einem Rendanten wahrgenommen, welcher vom Vorstande angestellt wird und nicht Mitglied der Kasse zu sein braucht.

Die demselben für seine Mühewaltung zu gewährende Vergütung und die Höhe der von ihm zu stellenden Kaution ist durch einen vom Vorstande abzuschließenden, der Kündigung unterliegenden schriftlichen Vertrag festzusetzen.

Der Rendant hat die Einnahmen und Ausgaben der Kasse von allen den Zwecken der Kasse fremden Vereinnahmungen und Verausgaben getrennt zu verrechnen und ihre Bestände gesondert zu verwahren.

Der Rendant hat die Beiträge der Mitglieder einzukassiren und die erfolgten Zahlungen in den Quittungsbüchern zu quittiren.

Die den Mitgliedern zu gewährenden Krankengelder hat der Rendant gegen Einlieferung der Krankenscheine, die Sterbegelder und alle übrigen aus der Kasse zu bestreitenden Ausgaben auf jedesmalige Anweisung des Vorsitzenden zu leisten.

Vorräthige Gelder der Kasse hat der Rendant, soweit sie nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben erforderlich sind, bis zu anderweitiger Beschlußfassung

des Vorstandes über deren Anlegung einer der hiesigen öffentlichen Sparkassen zu übergeben.

§ 28.

Bis zum 1. Februar jedes Jahres hat der Rendant die Rechnung für das abgelaufene Jahr zu legen. Dieselbe muß sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Kasse nachweisen und mit den erforderlichen Belägen versehen sein.

Der Vorstand hat die von ihm vorgängig zu prüfende Rechnung sammt Belägen der General-Versammlung vorzulegen.

Beschließt die General-Versammlung die Prüfung der Rechnung durch Revisoren, so sind in der Sitzung, in der dies beschlossen wird, aus der Zahl der General-Versammlungs-Mitglieder 3 Revisoren zu wählen. In diesem Falle hat der Vorstand die von denselben gezogenen und nicht erledigten Erinnerungen innerhalb 4 Wochen nochmals der General-Versammlung vorzulegen, welche alsdann endgiltig über die Abnahme der Jahresrechnung beschließt.

Nach Abnahme der Rechnung durch die General-Versammlung ist ein Auszug derselben, wie solcher der Aufsichtsbehörde einzureichen ist, in der vom Vorstande mit Zustimmung der General-Versammlung für zweckmäßig erachteten Weise zur Kenntniß der Kassen-Mitglieder zu bringen.

§ 29.

Die Kasse hat einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichen Falls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

§ 30.

Ergiebt sich aus den Jahresabschlüssen der Kasse, daß die Einnahmen derselben zur Deckung ihrer Ausgaben einschließlich der Rücklagen zur Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds nicht ausreichen, so ist entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen herbeizuführen.

§ 31.

Verfügbare Gelder der Kasse dürfen, außer in öffentlichen Sparkassen, nur ebenso wie die Gelder Bevormundeter angelegt werden.

§ 32.

Verwendung des Kassenvermögens im Falle der Auflösung oder Schließung der Kasse.

Im Falle der Auflösung oder Schließung der Kasse (§§ 29 und 30 des Gesetzes vom 7. April 1876, § 26 Nr. 5 dieses Statuts) sind die Mitglieder verpflichtet, die Beiträge noch für diejenige Woche zu leisten, in welcher die Auflösung oder Schließung erfolgt ist.

Das Vermögen der Kasse wird nach Deckung der vor dem Zeitpunkte der Auflösung oder Schließung bereits eingetretenen Unterstützungs-Verpflichtungen, sowie nach Erfüllung aller sonstigen Verbindlichkeiten der Kasse in folgender Weise verwendet:

- 1) Zunächst erhält jedes Mitglied, welches der Kasse zur Zeit ihrer Auflösung oder Schließung noch angehört, das gezahlte Eintrittsgeld ganz oder theilweise zurück.
- 2) Demnächst wird das Vermögen nach Ausscheidung derjenigen Beträge, welche aus Schenkungen oder letztwilligen Zuwendungen herrühren, unter die Mitglieder bis zum Ge-

sammtbetrage der von denselben seit ihrem Eintritt gezahlten Beiträge, abzüglich der von denselben bezogenen Unterstützungen und pro rata dieser Beträge vertheilt.

- 3) Der hiernach verbleibende Rest des Vermögens fällt der Armenverwaltung der Stadt Breslau zu.

§ 33.

Aufsichtsbehörde.

Die Aufsicht über die Kasse wird nach Maßgabe des Gesetzes vom 7. April 1876 und 1. Juni 1884, sowie der zu diesem Gesetze erlassenen Ausführungs-Anweisungen von dem königlichen Polizei-Präsidium zu Breslau wahrgenommen.

§ 34.

Dieses Statut tritt sofort nach erfolgter Ertheilung der im § 75 a des Gesetzes vom ^{15. Juni 1888}_{10. April 1892} bezeichneten Bescheinigung in Kraft.

Breslau, den 8. Januar 1894.

Die mit der Geschäftsleitung vorläufig betrauten Personen.

Friedr. Wagner, Buchhalter, Rich. Neumann, Buchhalter,
Am Waldden 13. Breitestraße 14.

Paul Kasper, Rentant,
Lützowstraße 16.

Die Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“ ist auf Grund des vorstehenden Statuts als eingeschriebene Hilfskasse zugelassen und unter Nr. 119 des Registers der eingeschriebenen Hilfskassen eingetragen.

Breslau, den 16. Februar 1894.

(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.
Frhr. Juncker von Ober-Conrent.

L. XV. 188.

20. März 1894.

Der unter dem 16. Februar 1894 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassenen Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“ (G. H.) zu Breslau wird hiermit auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzblatt S. 379) bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Berlin, den 15. März 1894.

Der Reichskanzler.

(L. S.)

Im Auftrage:
von **Woedtte.**

R. A. d. J. Nr. 819 II.

B. A. 85.

Vorstehende Bescheinigung ist laut Zuschrift des Königlichen Polizei-Präsidiums zu Breslau, Journal-Nr. I R 447/94. vom 4. April 1894, in Nr. 71 Seite 2 des „Reichsanzeigers“ vom 24. März 1894 bekannt gemacht worden.



I. Statuten-Nachtrag

der

Kranken- und Sterbekasse für Schiffer
„Neptun“

Eingeschriebene Hilfskasse zu Breslau.

Das Statut der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“, Eingeschriebene Hilfskasse, vom 8. Januar 1894, wird auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung vom 18. August 1894 wie folgt abgeändert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

Zum Beitritt berechtigt sind:

- a) alle im Schiffahrtsgewerbe beschäftigten männlichen Personen, gleichviel ob sie selbstständig sind oder nicht, — einschließlich der im genannten Gewerbe beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge,
- b) die Ehefrauen dieser Personen.

Die Beitretenden müssen auf Verlangen des Vorstandes ein Attest des Kassenarztes über ihren Gesundheitszustand beibringen.

§ 5 wird wie folgt geändert:

Jedes der Kasse beigetretene Mitglied hat ein Eintrittsgeld zu entrichten, welches beträgt:

- a) für Mitglieder der I. Klasse 75 Pf.,
- b) " " " II. " 50 "
- c) " " " III. " 25 "

Von der Zahlung des Eintrittsgeldes sind diejenigen befreit, welche der Kasse innerhalb des letzten halben Jahres, vom Tage des Eintritts rückwärts gerechnet, bereits angehört haben.

§ 6 wird wie folgt geändert:

Die laufenden Beiträge betragen wöchentlich:

- in der I. Klasse 45 Pf.,
- " " II. " 30 "
- " " III. " 12 "

Die Beitragspflicht beginnt mit derjenigen Woche, in welcher die Aufnahme in die Kasse erfolgt ist.

Die III. Klasse besteht ausschließlich für Personen unter 16 Jahren und Lehrlinge.

Die Ehefrauen der Mitglieder dürfen nur der II. und III. Klasse beitreten. Im Uebrigen wird den Mitgliedern die Wahl zwischen der I. und II. Klasse freigestellt.

Während der Zeit, in welcher ein Mitglied Krankengeld bezieht, ruht die Beitragspflicht. Die auswärtig wohnenden Mitglieder haben die Beiträge an den Rendanten der Kasse unter Angabe der Nummer ihres Mitgliedsbuches kostenfrei einzusenden.

§ 7 wird wie folgt geändert:

Die Kasse gewährt ihren Mitgliedern sofort nach erfolgtem Beitritt folgende Unterstützungen:

1. Krankenunterstützung:

- a) In jedem Erkrankungsfalle freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel.

- b) Im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit außerdem ein Krankengeld, welches beträgt:

- für Mitglieder der I. Klasse wöchentl. 11,25 Mk.,
- " " " II. " 7,50 "
- " " " III. " 3,00 "

2. Eine einmalige Unterstützung, Sterbegeld, an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes, welches beträgt:

- in der I. Klasse 112,50 Mk.,
- " " II. " 75,00 "
- " " III. " 30,00 "

Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach dem Beginn des Krankengeldbezuges. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. Woche nach dem Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die im § 7 unter Ia und b bezeichneten Leistungen. Den außerhalb Breslaus sich aufhaltenden Mitgliedern werden die Kosten der unter Ia und b dieses Paragraphen und der im nachfolgenden § 8 zugesicherten Leistungen erstattet.

Breslau, den 18. August 1894.

Der Vorstand

der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“
Eingeschriebene Hilfskasse.

Friedrich Wagner. Richard Neumann.
Robert Ehrlich. Karl Brucke. Wilhelm Nowag.
Paul Breslauer.

Die am 16. Februar d. J. als eingeschriebene Hilfskasse zugelassene und unter Nr. 119 des Registers eingetragene Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ bleibt mit den vorstehenden Abänderungen des Kassenstatuts als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassen.

Breslau, den 17. October 1894.

(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.

v. Heydebrand.

I. XV. 776.

Breslau, den 12. Dezember 1894.

B. A. 3941.

Der unter dem 17. October 1894 als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassenen Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ (E. H.) zu Breslau wird hiermit auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzblatt S. 379) von Neuem bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Berlin, den 8. November 1894.

(L. S.)

Der Reichskanzler.

Im Auftrage:

Rottenburg.

N. N. d. J. Nr. 3637 II.

Vorstehende Bescheinigung ist in Nr. 287, Seite 1 des „Reichsanzeigers“ vom 6. Dezember 1894 bekannt gemacht.

II. Statuten-Nachtrag

der

Kranken- und Sterbekasse für Schiffer

„**Neptun**“

Eingeschriebene Hilfskasse zu Breslau.

Das Statut der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“, Eingeschriebene Hilfskasse, vom 8. Januar 1894 wird auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung vom 17. October 1896 wie folgt abgeändert bzw. ergänzt:

- a) Die im § 6 des Statuts in der Fassung des I. Nachtrages vom ^{18. 8.}_{17. 10.} 94 festgesetzten Beiträge betragen fortan wöchentlich I. Klasse 54 Pf., II. Klasse 36 Pf., III. Klasse 15 Pf.
- b) Der § 7 a. a. D. erhält folgenden Zusatz: Für Sterbefälle, welche innerhalb der ersten sechs Monate der Mitgliedschaft eintreten, wird das Sterbegeld nur im halben Betrage gezahlt.
- c) Der § 23 des Statuts wird dahin abgeändert, daß an Stelle der inzwischen eingegangenen „Deutschen Schifferzeitung“ (Charlottenburg) die Wochenschrift „Das Schiff“ (Berlin) tritt.

Breslau, den 17. October 1896.

Friedrich Wagner,
Vorsitzender.

Robert Ehrlich,
Schriftführer.

Leon Goldstücker.

Die am 16. Februar 1894 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassene und unter Nr. 119 des Registers eingetragene Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ bleibt mit den vorstehenden hier f. H. mit rother Tinte ergänzten Abänderungen des Kassenstatuts als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassen.

Breslau, den 15. Dezember 1896.

(L. S.)

Der Bezirks-Ausschuß.
Uthmann.

B. A. 4470.

Der unter dem 15. Dezember 1896 als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassenen Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ (E. H.) zu Breslau wird hiermit auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzblatt S. 379) von Neuem bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Berlin, den 29. Januar 1897.

(L. S.)

Der Reichskanzler.

Im Auftrage:

Dr. von Woedtke.

Vorstehende Bescheinigung ist in Nr. 35 S. 1 des Deutschen Reichsanzeigers und Preussischen Staatsanzeigers vom 10. Februar 1897 bekannt gemacht worden.

III. Statuten-Nachtrag

der

Kranken- und Sterbekasse für Schiffer
„Neptun“

Eingeschriebene Hilfskasse zu Breslau.

Das Statut der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ (E. H.) vom 8. Januar 1894 wird auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom ^{10. August 1901} 28. Februar 1902 wie folgt abgeändert beziehungsweise ergänzt:

I. Der § 4 Absatz 2 lautet fortan:

Der Ausschluß aus der Kasse erfolgt ohne Weiteres durch den Vorsitzenden mittelst eingeschriebenen Briefes nach der zuletzt bekannten Adresse des Mitgliedes,

- a) wenn ein Mitglied mit 13 Wochenbeiträgen rückständig geblieben ist;
- b) wenn der Wegfall einer die Aufnahme bedingenden Voraussetzung bekannt wird;
- c) wenn sich ein Mitglied einer strafbaren Handlung schuldig macht, welche eine Verletzung der Bestimmungen des Statuts in sich schließt.

Der Ausschluß ist auch dann rechtlich erfolgt, wenn der Ausschlußbrief als unbestellbar zurückkommt.

II. Der § 5 Absatz 2 in der Fassung des Nachtrages I vom ^{18. August 1894}_{17. October 1894} lautet fortan:

Befreit vom Eintrittsgelde sind:

1. diejenigen, welche nachweisen, daß sie innerhalb der letzten 13 Wochen vor ihrem Eintritt in die Kasse einer anderen Kasse angehört haben;
2. diejenigen, welche ihrer Militärdienstpflicht genügt haben und binnen 4 Wochen nach Entlassung Mitglied der Kasse werden;
3. diejenigen, welche der Kasse innerhalb des letzten halben Jahres, vom Tage des Eintritts rückwärts gerechnet, bereits angehört haben.

III. Die im § 6 des Statuts in der Fassung des I. Nachtrages vom ^{18. August 1894}_{17. October 1894} und II. Nachtrages vom ^{17. October 1896}_{15. Dezember 1896} festgesetzten Beiträge betragen fortan wöchentlich:

**I. Klasse 60 Pf., II. Klasse 42 Pf.,
III. Klasse 24 Pf.**

IV. Der § 7 lautet fortan:

Als Krankenunterstützung wird den Kassenmitgliedern im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit gewährt:

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei;
2. die Lieferung von Brillen, Bruchbändern und ähnlichen Vorrichtungen oder Heilmitteln, welche zur Heilung des Erkrankten oder zur Herstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit nach beendetem Heilverfahren erforderlich sind;

3. im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit vom ersten Tage nach der Erkrankung an ein Krankengeld für Mitglieder der

I. Klasse 1 Mk. 87½ Pf., II. Klasse 1 Mk. 25 Pf., III. Klasse 70 Pf.

pro Wochentag, also ausschließlich des Sonntags, dagegen einschließlich der auf Wochentage fallenden Festtage.

Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt, sie endet spätestens mit dem Ablauf der sechs und zwanzigsten Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der sechs und zwanzigsten Woche nach dem Beginn des Krankengeldbezuges.

Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der sechs und zwanzigsten Woche nach dem Beginne der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die im Absatz 1 unter Ziffer 1 und 2 bezeichneten Leistungen.

Für Mitglieder, welche von der Kasse eine Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraumes von 52 Wochen für 26 Wochen bezogen haben, werden bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche, nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt worden ist, im Laufe der nächsten 52 Wochen als Krankenunterstützung nur die im § 7 Ziffer 1 und 2 bezeichneten Leistungen, sowie die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter ihres Beschäftigungsortes (vgl. § 6 Ziffer 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom ^{15. Juni 1883}_{10. April 1892}) als Krankengeld, beides aber nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen, gewährt.

Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein **Sterbegeld**, welches für Mitglieder der **I. Klasse 112 Mk. 50 Pf., II. Klasse 75 Mk., III. Klasse 42 Mk.** beträgt. Mitglieder, welche der Kasse noch nicht ein Jahr angehören, erhalten nur die Hälfte des Sterbegeldes.

Den Mitgliedern steht die Wahl des Arztes frei.

Die Mitglieder haben ihre Erkrankung der Kasse ungesäumt anzuzeigen, ihr die Adresse des sie behandelnden Arztes anzugeben, einen Krankenschein zu verlangen und diesen spätestens alle zwei Wochen zu erneuern.

Die Kosten für Arzt, Medizin und Heilmittel haben sie zunächst selbst zu entrichten. Die Kasse erstattet ihnen jedoch dieselben und zwar die Arztkosten gegen Vorbringung einer spezifizierten Rechnung, aus welcher die Art der Krankheit, die Besuche und Verathungen des Arztes unter Angabe des Datums und der Einzelpreise der Leistungen nach den getroffenen Vereinbarungen, beziehungsweise gemäß § 2 der allgemeinen Bestimmungen der Gebühren-Ordnung für approbirte Aerzte und Zahnärzte im Königreiche Preußen vom 15. Mai 1896 zu ersehen sind, ebenso die Arzneien und Heilmittel (§ 7 Ziffer 1 und 2) nach Eingang der quittirten Recepte und Rechnungen; Mitglieder, welche ihre Erkrankung nicht innerhalb 3 Tagen der Kasse anzeigen, oder das ihnen zustehende Krankengeld nicht mindestens alle 14 Tage verlangen, werden mit einer Ordnungsstrafe bis 10 Mark belegt, falls sie nicht nachweisen, daß ihnen die Innehaltung der Frist unmöglich war.

V. Der § 8 Absatz 1 lautet fortan:

An Stelle der in § 7 Ziffer 1, 2 und 3 bezeichneten Leistungen kann der Vorstand freie

Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewähren.

VI. Der § 10 fällt weg.

VII. In § 11 Absatz 1 treten an Stelle der Worte: „vom Kassenarzt“ die Worte:

„von dem behandelnden Arzte“.

VIII. Der § 11 Absatz 4 fällt fort.

IX. § 12 Absatz 1 erhält folgenden Zusatz:

Auch dürfen sie, so lange sie Krankengeld beanspruchen, keine Erwerbsarbeiten verrichten.

X. In § 12 Absatz 3 kommen die Worte:

„soweit das nicht von dem Kassenarzt geschieht“ in Wegfall.

XI. In § 13 Absatz 1 treten an Stelle der Worte:

„vom Kassenarzt“

die Worte:

„von dem behandelnden Arzte“.

XII. Der § 19 Absatz 2 lautet fortan:

Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes. Er setzt die Sitzungen nach eigenem Ermessen unter Angabe der Tagesordnung fest und hat mindestens vierteljährlich eine ordentliche Sitzung abzuhalten.

Er ist verpflichtet, innerhalb einer vierzehntägigen Frist eine Sitzung abzuhalten, wenn solches von mindestens vier Vorstandsmitgliedern beantragt wird. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

XIII. Der § 29 Absatz 2 lautet fortan:

So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben der gesetzlich vorgeschriebene Theil des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

Dieser Statutennachtrag tritt mit dem ersten Tage des folgenden Monats nach erfolgter Ertheilung der im § 75 a des Gesetzes vom ^{15. Juni 1883}_{10. April 1892} bezeichneten Bescheinigung in Kraft.

Breslau, den 28. Februar 1902.

Der Vorstand.

Friedrich Wagner,
Vorsitzender.

Wilhelm Brauer,
stellv. Vorsitzender.

August Ankelmann,
Beisitzer.

Robert Ehrlich,
Schriftführer.

Emil Petrowsky,
stellv. Schriftführer.

Andreas Wysgalla,
Beisitzer.

Die am 16. Februar 1894 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassene und unter Nr. 119 des Registers eingetragene Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ bleibt mit den vorstehenden Abänderungen des Kassenstatuts als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassen.

Breslau, den 9. April 1902.

Der Bezirks-Ausschuß.

B. A. B. 616.
Kluge.

v. Uthmann.

Der unter dem 9. April 1902 als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassenen Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „**Neptun**“ (E. H.) zu Breslau wird hiermit auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzblatt S. 379) von Neuem bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Berlin, den 20. Mai 1902.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage:

II. 2307.

C a s p a r.

Vorstehende Bescheinigung ist in Nr. 133 Seite 1 des Reichsanzeigers vom 9. Juni 1902 bekannt gemacht worden.

Dieser Statuten-Nachtrag tritt am 1. Juli 1902 in Kraft.

Der Vorstand.

IV. Statuten-Nachtrag

R 2582/22

der

Nm 223

Kranken- und Sterbekasse

für Schiffer „Neptun“ (G. S.) in Breslau.

Das Statut der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“ (G. S.) vom 8. Januar 1894 wird in Befolgung des Gesetzes, betreffend weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes vom 25. Mai 1903 auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlungen vom 24. Juli 1903 wie folgt abgeändert und ergänzt:

15. Januar 1904

- I. In § 7 Absatz 8 des Statuts in der Fassung des III. Nachtrages werden die Worte: „bis 10 Mark“ ersetzt durch die Worte: „bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden einzelnen Uebertretungsfall“.
- II. In § 9 Absatz 1 werden die Worte: „durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifung“ durch die Worte: „oder durch Trunkfälligkeit“ ersetzt.
- III. In § 12 Absatz 4 werden die Worte: „bis zu 10 Mark“ ersetzt durch die Worte: „bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden Uebertretungsfall“.
- IV. In Unterstützungsfällen, bei welchen am 1. Januar 1904 die Dauer der Unterstützung nach den bisher geltenden Vorschriften des Statuts noch nicht beendet ist, finden vom genannten Tage ab die

neuen Bestimmungen Anwendung, sofern sie für den Unterstützungsberechtigten günstiger sind. (Art. III des Abänderungsgesetzes v. 25. 5. 03.)

Breslau, den 15. Januar 1904.

Der Vorstand

der Kranken- und Sterbekasse für Schiffer
„Neptun“ (E. S.)

Friedrich Wagner,
Vorsitzender.

Emil Petrowsky,
stellv. Vorsitzender.

Robert Ehrlich,
Schriftführer.

Richard Neumann,
stellv. Schriftführer.

Paul Wartsch,
Beisitzer.

August Ankermann,
Beisitzer.

Die am 16. Februar 1894 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassene und unter Nr. 119 des Registers eingetragene Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“ bleibt mit den vorstehenden Abänderungen des Kassenstatuts als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassen.

Breslau, den 27. Januar 1904.

Der Bezirksauschuß.

v. Glasow.

B. A. B. 170.
Meldner.

Der unter dem 27. Januar 1904 als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassenen Kranken- und Sterbekasse für Schiffer „Neptun“ (E. S.) zu Breslau wird hiermit auf Grund des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 379) in Verbindung mit Artikel IV Absatz 4 des Abänderungsgesetzes vom 25. Mai 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 233) von neuem bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Berlin, den 11. Februar 1904.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Caspar.

R. A. d. J. II. 583.

Vorstehende Bescheinigung ist in Nr. 48 des Reichsanzeigers vom 25. Februar 1904 bekannt gemacht worden.

Quittungs-Buch

über

geleistete Beiträge.



I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse

Duittung über geleistete

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19

Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	October, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse

Quittung über geleistete

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19

Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	October, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse **Quittung über geleistete**

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19

Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	October, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{F} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{F} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse **Quittung über geleistete**

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{F} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{F} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19 **Klasse**

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	October, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. = 42 = = = 5 = 46 = = =
 III. = 24 = = = 3 = 12 = = =

Klasse Zusammensetzung über geleistete

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. = 42 = = = 5 = 46 = = =
 III. = 24 = = = 3 = 12 = = =

Beiträge im Jahre 19 Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	Oktober, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse Quittung über geleistete

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen).	1.	April, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen).	5.	Mai, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen).	9.	Juni, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19 Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen).	1.	Oktober, (4 Wochen).
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen).	5.	November, (4 Wochen).
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen).	9.	Dezember, (5 Wochen).
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Klasse Quittung über geleistete

Woche	pro I. Quartal.	Woche	pro II. Quartal.
1.	Januar, (4 Wochen)	1.	April, (4 Wochen)
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	Februar, (4 Wochen)	5.	Mai, (4 Wochen)
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	März, (5 Wochen)	9.	Juni, (5 Wochen)
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	

I. Klasse 60 \mathcal{R} pro Woche, 7 \mathcal{M} 80 \mathcal{R} pro Quartal.
 II. " 42 " " " 5 " 46 " " "
 III. " 24 " " " 3 " 12 " " "

Beiträge im Jahre 19 Klasse

Woche	pro III. Quartal.	Woche	pro IV. Quartal.
1.	Juli, (4 Wochen)	1.	October, (4 Wochen)
2.		2.	
3.		3.	
4.		4.	
5.	August, (4 Wochen)	5.	November, (4 Wochen)
6.		6.	
7.		7.	
8.		8.	
9.	September, (5 Wochen)	9.	Dezember, (5 Wochen)
10.		10.	
11.		11.	
12.		12.	
13.		13.	





